

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004158/2025/rev.1

an die Vizepräsidentin der Kommission/Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Hana Jalloul Muro (S&D), Abir Al-Sahlani (Renew), Jaume Asens Llodrà (Verts/ALE), César Luena (S&D), Marta Temido (S&D), Nacho Sánchez Amor (S&D), Brando Benifei (S&D), Ana Miranda Paz (Verts/ALE), Aura Salla (PPE), Barry Andrews (Renew), Estelle Ceulemans (S&D), Hilde Vautmans (Renew), Villy Søvndal (Verts/ALE), Vladimir Prebilič (Verts/ALE), Robert Biedroń (S&D), Sirpa Pietikäinen (PPE), Leoluca Orlando (Verts/ALE), Lina Gálvez (S&D), Carla Tavares (S&D), Sandro Ruotolo (S&D), Damien Carême (The Left), Rima Hassan (The Left), Marco Tarquinio (S&D), Elio Di Rupo (S&D), Idoia Mendia (S&D), Alicia Homs Ginell (S&D), Majdouline Sbai (Verts/ALE), Marc Botenga (The Left), Rudi Kennes (The Left), Elena Sancho Murillo (S&D), Hanna Gedin (The Left), Matjaž Nemec (S&D), Diana Iovanovici Șoșoacă (NI), Mounir Satouri (Verts/ALE), Chloé Ridet (S&D), Erik Marquardt (Verts/ALE), André Rodrigues (S&D), Laura Ballarín Cereza (S&D), Leire Pajín (S&D), Tineke Strik (Verts/ALE), Catarina Martins (The Left), Catarina Vieira (Verts/ALE)

Betrifft: Die laufende Desinformationskampagne gegen das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und die Unterstützung des Hilfswerks durch die EU

In ihren Antworten vom 12. März 2025¹ und 2. April 2025² auf die parlamentarischen Anfragen E-001862/2024(ASW) und E-003022/2024(ASW) zu der Unterstützung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und der Desinformationskampagne gegen das Hilfswerk bestätigte die Kommission, dass die gegen das UNRWA gerichtete Desinformationskampagne anhält, mehrere Ebenen umfasst und dass ihre Bekämpfung von größter Bedeutung ist.

Die Kommission erklärte, dass der Europäische Auswärtige Dienst dies genau überwachen und dokumentieren werde und dass die EU ihre politische und finanzielle Unterstützung für das UNRWA über die im Jahr 2024 bereitgestellten 92 Mio. EUR hinaus fortsetzen werde. Sie stellte ferner fest, dass die Desinformationskampagne über den Gazastreifen weiterhin gegen humanitäre Organisationen und die Vereinten Nationen gerichtet ist, um deren Legitimität zu untergraben.

Die israelische Regierung finanziert Kampagnen, die sich an die europäische Öffentlichkeit richten. Dabei wird unter anderem versucht, Vorwürfe der Nahrungsmittelknappheit im Gazastreifen herunterzuspielen und die Integrierte Klassifizierung der Ernährungssicherheitsphasen zu diskreditieren, indem die zugrundeliegende Methodik infrage gestellt wird und Vorwürfe der Falschdarstellung erhoben werden.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Wird der Europäische Auswärtige Dienst dem Parlament die Ergebnisse seiner Überwachung der Desinformationskampagne mitteilen?

¹ https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-10-2024-001862-ASW_EN.html.

² https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-10-2024-003022-ASW_EN.html.

2. Welche konkreten Maßnahmen werden ergriffen, um diese Desinformation zu entlarven und wirksam zu bekämpfen?
3. Kann die Kommission bestätigen, dass sie das UNRWA weiterhin politisch und finanziell unterstützen wird, unter anderem durch Grundbeiträge, die mindestens dem Niveau von 2024 entsprechen?

Eingang: 22.10.2025